

## Bundesrat entscheidet über Entsorgung HBCD-haltiger Abfälle: Land muss nachjustieren

1 **Stuttgart.** „Generell halten wir die jetzt gefundene Lösung für einen  
2 gangbaren Weg zur Entsorgung HBCD-haltiger Abfälle. Wir hoffen, dass  
3 damit wieder Rechtssicherheit geschaffen wird“, kommentierte Landes-  
4 handwerkspräsident Rainer Reichhold den für morgen (07.07.) erwarteten  
5 Bundesratsbeschluss. Allerdings müsse bei den Nachweispflichten das Land  
6 nachjustieren.

7 Der Bundesrat stimmt über eine Verordnung der Bundesregierung ab, die die  
8 Entsorgung von HBCD-haltigen Dämmabfällen vereinfachen und dauerhaft regeln  
9 soll. Derartige Abfälle werden dann nicht mehr als gefährlich eingestuft, sie sollen  
10 aber überwachungspflichtig sein. Hierzu soll ein Nachweisverfahren eingeführt  
11 werden. Die Verordnung eröffnet den Bundesländern einigen Gestaltungsspielraum.  
12

13 Die direkte Entsorgung in Verbrennungsanlagen darf wie auch schon vor dem seit  
14 Jahresanfang laufenden Moratorium zusammen mit anderen Abfällen erfolgen. Der  
15 Weg dorthin muss aber nachgewiesen werden. Dies soll nach Meinung des  
16 Handwerks nicht durch Einzelnachweise, sondern durchgehend mit  
17 Sammelentsorgungsnachweisen geschehen. In der bisherigen Fassung ist dies nur  
18 bis zu einer Grenze von 20 Tonnen Abfall im Jahr möglich. „Dass unsere  
19 Forderung nach einem generellen Wegfall der Grenze bei Sammelentsorgung kein  
20 Gehör fand, ist ein bitterer Wermutstropfen“, kritisierte Reichhold. Nur in der  
21 Begründung der Verordnung werde auf den möglichen Spielraum der  
22 Landesbehörden verwiesen.

23 „Eine Sammelnachweispflicht wäre eine wichtige Erleichterung für die Betriebe und  
24 verhindert überbordende Bürokratie“, betonte Reichhold. Denn 20 Tonnen würden  
25 schon bei kleinen Betrieben sehr schnell erreicht. Daher hatte der Handwerkstag,  
26 wie auch der Zentralverband des Deutschen Handwerks dafür plädiert, diese  
27 Ausnahmemöglichkeiten verbindlich im Verordnungstext für einen  
28 bundeseinheitlichen Vollzug zu verankern. Reichhold appellierte an die  
29 Landesregierung, die notwendige Flexibilität zu ermöglichen und unnötige  
30 Bürokratie zu vermeiden.